

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weihen.

Postkonto: Dresden 1530  
Bürostraße Riesa Nr. 52.

Nr. 8.

Sonnabend, 10. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigentages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 30 mm breite, 4 mm hohe Druckzeile (6 Spalten 25 Gold-Pfennige, die 20 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife, Druckfehler, wenn der Betrag verfehlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dager & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Ein Kabinett Marx endgültig gescheitert.

### Voraussetzliche Vertrauens Dr. Luthers.

Berlin. Reichskanzler Marx begab sich am Freitag kurz nach 5 1/2 Uhr zum Reichspräsidenten, um nunmehr endgültig den Antrag zur Kabinettsbildung zurückzugeben. Dieser Entschluß des Reichskanzlers ist zur Reife gelangt, nachdem die Deutsche Volkspartei erklärt hat, daß sie so wohl gegen ein nur aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett wie auch gegen den Fortbestand des jetzigen Kabinetts unter Ergänzung durch Staatssekretäre die schärfste Opposition machen werde. Nachdem auch die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich ablehnend verhalten haben und endlich auch Minister Dr. Luther erklärt hat, daß er in einem nur durch Staatssekretäre ergänzten Kabinett nicht verbleiben werde. Es wird nunmehr angenommen, daß der Finanzminister Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt werden wird.

### Dr. Marx gibt den Auftrag zurück.

Berlin. Reichskanzler Dr. Marx hat sich angehts der immer größer werdenden Schwierigkeiten dazu entschlossen müssen, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den ihm erteilten Auftrag zur Regierungsbildung zurückzunehmen. Als der Kanzler am Donnerstag mittags die letzte Rückfrage mit den Staatssekretären der Ressortministerien hatte, war die letzte Entscheidung gefallen: die Staatssekretäre erklärten, im gegenwärtigen Augenblick die ungeheure Verantwortung nicht auf sich nehmen zu können, zumal sie als unpolitische Persönlichkeiten nicht in der Lage seien, die Stelle eines ausgeprochenen politisch verantwortlichen Ministers zu bekleiden. Damit war Dr. Marx, der auf dringende Vorstellungen des Reichspräsidenten hin noch einen letzten Versuch unternommen hatte, am Ende seiner Mission angelangt. Wahrscheinlich war aber auch der Umstand, daß die Zentrumspartei und mit ihr der Reichskanzler Dr. Marx die schwersten Bedenken dagegen hatten, den Kampf mit der Opposition aufzunehmen, die durch die Deutsche Volkspartei verstärkt wurde. Wenn nicht im letzten Augenblick noch irgend welche anderen Auswege gefunden werden, so wird jetzt das Problem der Regierungsbildung im Reich ganz von vorn wieder angegriffen werden müssen.

In den politischen Kreisen verlautet, daß bei dem Scheitern der Mission des Reichskanzlers Dr. Marx auch der durch die Barmat-Affäre notwendig gewordene Rücktritt des Reichspostministers Dr. Dölle eine gewisse Rolle gespielt habe. Als die plötzliche Nachricht von dem Rücktritt Dr. Dölles und der Mandatsniederlegung des Zentrumsgewählten Lange-Degermann in den parlamentarischen Kreisen bekannt wurde, entstand eine ungeheure Aufregung, zumal man einen großen Skandal vermutete. Da gegenwärtig über diese Angelegenheit strengstes Stillschweigen bewahrt wird, ist es nur sehr schwer möglich, sich ein genaues Bild über die tatsächlichen Verhältnisse zu machen. Soweit jetzt aber jetzt schon fest, daß der Minister Dölle als verantwortlicher Leiter des Reichspostministeriums persönliche Verantwortung für die dem Barmat-Konzern durch die Reichspost gewährten Kredite trägt. Für die Zentrumspartei ist übrigens diese Angelegenheit nicht so peinlich, wie es in einigen parteipolitischen Kreisen behauptet wird. Unterrichtete Zentrumsführer haben jedenfalls den Pressevertretern gegenüber gar keinen Hehl daraus gemacht, daß der Zentrumsvorstand sich sehr eingehend mit dieser ganzen Angelegenheit beschäftigt und man schon heute in der Lage wäre, diejenigen Gerüchte zu dementieren, die davon wissen wollen, daß Minister Dr. Dölle irgendwelche persönlichen Beziehungen zu den Inhabern des Barmat-Konzerns unterhalten habe. Ueberhaupt sind die ganzen Nachrichten über den Rücktritt des Reichspostministers Dr. Dölle und über die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Lange-Degermann etwas voreilig, da die Untersuchung noch nicht ganz abgeschlossen ist.

In den rechtsstehenden Kreisen verlautet, daß nunmehr die Möglichkeiten zur Bildung einer Rechtskoalition sich erheblich gebessert haben. Man glaubt zwar immer noch nicht daran, daß schon jetzt die Bildung einer Rechtsregierung erfolgen kann, aber man

ist überzeugt, daß die Widerstände des Zentrums in dem Augenblick zusammenbrechen werden, wo alle Ausichten für eine andere Lösung gänzlich gescheitert sein werden.

### Die Lage in deutschnationaler Beleuchtung.

Berlin, 10. Januar.

Ein führendes Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion äußerte sich unserem parlamentarischen Mitarbeiter gegenüber folgendermaßen über die gegenwärtige politische Lage:

Wir stehen am Vorabend wichtiger außen- und innenpolitischer Entscheidungen. Durch die Weigerung der alliierten Mächte, die Kölner Zone am 10. Januar zu räumen, ist der Versailles Vertrag gebrochen, die Sanktionspolitik wieder aufgenommen und die Stabilisierung Deutschlands und Europas auf das Schmerfste bedroht. Die Tatsache der nicht rechtzeitigen Klärung der Lage für Deutschland ist überraschend und bedeutet auf jeden Fall den Bankrott der bisherigen deutschen Außenpolitik. In dieser Zeit höchster nationaler Not ist es tief bedauerlich, daß seit Monaten keine verhandlungsfähige Regierung, hinter der ein harter nationaler Wille steht, vorhanden ist. Die Wege, die Dr. Marx eingeschlagen hat, waren für die deutschnationalen Parteien nicht tragbar. Es kann nur immer wieder betont werden, daß die deutschnationalen Parteien eine ihrer Kräfte und der Bedeutung der Partei ihr stehendes Volks- und Wirtschaftskräfte entgegenkommende Beteiligung an der Reichsregierung beansprucht. In Kreisen läßt das Verbleiben des Hauptkabinetts bewußtlos das Wahlergebnis außer Acht, ebenso wie es bisher im Reich als parlamentarischer Gelegenheitsgeschäft ist. Das Zentrum muß sich entscheiden, ob es sich der religiösen und kaiserlichen Sozialdemokratie preisgeben will, nachdem mit dem Ausschließen der volksparteilichen Minister aus der Regierung auch das letzte Gegengewicht fortgefallen ist.

Angehts des Magdeburger Prozesses hat der Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei mit einer Protestversammlung begonnen, der weitere in der Provinz und im Reich folgen werden. Diese deutschnationalen Kundgebungen sollen der Vereinigung der innerpolitischen Antipathien und der Klärung unsauberer Nachschichten fremdländischer und fremdbürgerlicher Schieber dienen. Dasselbe Ziel verfolgt der deutschnationalen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

### Englische Pressemeldungen über die Lage.

\* London. Der Leitartikel des Daily Telegraph beschäftigt sich heute mit den Schwierigkeiten in der deutschen Kabinettsbildung und weist auf die Notwendigkeit hin, daß es jetzt mehr denn je Aufgabe und Pflicht der Alliierten sei, die Fäden locker anzusehen (1), denn eine schwache Regierung könne für das Schreiben der starken nationalen Elemente nicht verantwortlich gemacht werden. — Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß die Bekanntgabe des vollen Textes der deutschen Antwort auf die alliierte Note in britischen Kreisen eine große Verwunderung hervorgerufen habe. Der Ton der deutschen Mitteilungen sei gemäßigt genug gewesen, obwohl man die Argumente nicht annehmen könne. Die alliierten Verhandlungen für die Aufertigung einer ausführlicheren Note an die deutsche Regierung, die sich auf den Schlussbericht der Kontrollkommission beziehen, seien nicht vor der 3. Januarwoche zu erwarten, auf keinen Fall vor Ende der augenblicklichen Finanzministerkonferenz in Paris; abgesehen von der dringenden Frage, ob der Schlussbericht der Kontrollkommission fertig werden soll, werde zunächst die alliierte Note mehrere sowohl vom rechtlichen, als auch vom politischen Standpunkt bedeutende Punkte festhalten. Es sei möglich, daß der Bericht selbst den Alliierten offiziell unmittelbar nach dem 10. Januar übermittelt werde, obwohl er sich bereits in einzelnen Kabinetts im Entwurf befinde. Der Korrespondent verleiht jedoch nicht, hinzuzufügen, daß natürlich vor dem 10. Januar angehts der präliminären Note der Alliierten kein offizieller Empfang dieser Note angezeigt werden könne. Es sei noch ungewiß, ob die Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen durch die Vorkonferenz geführt oder ein persönlicher Gedankenaustausch zwischen den alliierten Außenministern stattfinden werden.

### Dr. Hoelle seiner Aemter entbunden.

\* Berlin. Der Reichspräsident hat den Reichspostminister Dr. Goette auf dessen Antrag vom Amte des Reichspostministers und des Ministers für die besetzten Gebiete entbunden.

Staatssekretär Sautter mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichspostministers beauftragt.

Berlin. (Funknachr.) Der Reichspräsident hat nach dem Rücktritt des Reichsministers Dr. Goette den Staatssekretär Sautter mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichspostministers beauftragt.

### Das Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichstagspräsident Lohde und die Vizepräsidenten Dr. Dell und Dr. Nieber haben sich, wie mit bereits gestern meldeten, am Freitag vormittags zu der üblichen Vorstellung zu dem Reichspräsidenten begeben. Der Vizepräsident Graef-Thüringen (Znat.) hat an der Vorstellung nicht teilgenommen.

Dieser Vorgang erinnert an ein ähnliches Vorkommnis aus der Kaiserzeit. Im Jahre 1912, als der Abg. Raemhoff Reichstagspräsident wurde, war als einer der Vizepräsidenten der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann gewählt worden. Die Sozialdemokraten erklärten damals, daß sie im Präsidium alle Verpflichtungen auf sich nehmen würden, die durch die Geschäftsordnung gegeben seien. Da der übliche Empfang des neuen Reichstagspräsidenten beim Kaiser nicht in der Geschäftsordnung vorgesehen war, blieb der Abg. Scheidemann dem Empfang beim Kaiser fern. Damals bestand in der Geschäftsordnung die Bestimmung, daß beim Beginn einer Legislaturperiode das Reichstagspräsidium zunächst provisorisch auf vier Wochen gewählt wurde. Das Vorgehen des Abg. Scheidemann hatte zur Folge, daß er bei der endgültigen Wahl nach vier Wochen nicht wieder zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Die jetzige Geschäftsordnung enthält die Bestimmung über die provisorische Wahl auf vier Wochen nicht mehr.

### Ueber die Deutsche Reichsbahngesellschaft

Hat der Generaldirektor Esler vor Vertretern der Presse eine Reihe interessanter Mitteilungen gemacht. Wir heben daraus zunächst hervor, daß es falsch ist, die Deutsche Reichsbahngesellschaft als Aktiengesellschaft zu bezeichnen. Es handelt sich vielmehr um eine Gesellschaft des öffentlichen Rechts mit öffentlichen Rechten und öffentlichen Pflichten. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat keine Aktien ausgegeben und hat auch keine Aktieninhaber, sondern nur einen Inhaber der Stammanteile, nämlich das Deutsche Reich. Sie ist also im besten Sinne des Wortes ein Vermögensteil des Deutschen Volkes. Die Deutsche Reichsbahn ist keine fremde Gesellschaft, sondern eine solche, die dem Deutschen Volke gehört. Man darf keine Gegenstände zwischen dem Reich und der Reichsbahn schaffen. Die Reichsbahn ist eine deutsche Gesellschaft, sie hat durchweg deutsches Personal, einen deutschen Generaldirektor, einen deutschen Vorsitzenden des Verwaltungsrats, und in dem Verwaltungsrat sind von 18 Mitgliedern 14 Deutsche, während nur vier als Vertreter der Reparationspflichten fremdländischer Herkunft sind.

Als durchaus unangebracht bezeichnete der frühere Eisenbahnminister und jetzige Generaldirektor den Vorwurf, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft Gelder aufbaufte, die sie nicht brauche. Ein industrieller Verband habe neulich sogar behauptet, die Reichsbahngesellschaft habe in einem einzigen Vierteljahr 800 Goldmillionen Ueberfluß gehabt, also für das Jahr gerechnet 3,2 Milliarden. Das seien ganz märchenhafte Zahlen. Das Bestreben der Verwaltung ist, die Reichsbahn sobald wie möglich reparationsfähig zu machen, und das ist dem Generaldirektor dank seiner Mitarbeiter im großen und ganzen auch gelungen. Ein so großes Unternehmen kann nicht ohne Vorräte wirtschaften und bei einem Personalstand von heute noch 700-800 000 Mann, die wesentlich und monatlich entlohnt werden, kann nicht ins Blaue hineingewirtschaftet werden. Die Reichsbahn hat bereits im ersten Jahr eine Reparationsschuld von 200 Millionen zu entrichten, im nächsten Jahr von 595 Millionen und in Normaljahren von etwa 1000 Millionen. Natürlich hat ein solcher Eisenbahnbetrieb immer vorübergehend etwas Geld, sonst könnte in ihm überhaupt nicht gewirtschaftet werden. Zur Entlohnung des Personals müssen am Monatsende riesige Summen verfügbar sein. Dieses Geld wird zu vorübergehenden kurzfristigen Anlagen benutzt, um einmal der Wirtschaft Kredit vorzuführen und auf der anderen Seite auch Zwischengewinne zu machen. Wörtlich sagte der Minister zu dieser Angelegenheit: „Ich darf hier betonen, daß in den Angelegenheiten finanzieller Natur, die gegenwärtig die Gerichte und die Öffentlichkeit beschäftigen, in die Deutsche Reichsbahn in keiner Weise, weder direkt noch indirekt verflochten ist. Was wie an Krediten herausgegeben haben, ist in der vorläufigen Form gegeben, immer unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft und unter sachmännlicher Mitwirkung.“ — Bei der Leitung der Eisenbahn ist man also hier vorsichtiger gewesen als bei der Leitung der Post.

### „Los Angeles“ über Newyork.

\* Newyork. Gestern mittags erschien „Los Angeles“ auf einem Probeflug über Newyork und ging, das Geschäftsdiertel überfliegend, tief unter. Die Leute waren begeistert. Die Menge wuchs so an, daß Verkehrsbehinderungen eintraten. Sirenen ertönten zur Begrüßung, während das Luftschiff verschwand.

### Ein deutscher General zum Tode verurteilt.

\* Lüttich. Das Kriegsgericht der Provinzen Lüttich und Luxemburg verurteilte den deutschen Generalmajor von der Esch wegen angeblich in Arlon begangener Kriegsverbrechen in Abwesenheit zum Tode.

„Weihenstephan-Bier“ das Juwel bayrischer Braunkunst. Vertreter R. Schwade. Riesa. Fernruf 49.